

# Posener Zeitung.



Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1 1/2 Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

## Amtliches.

Berlin, 29. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht: Den Stadt- und Kreisrichter Stelzer in Magdeburg zum Direktor des Kreisgerichts in Wehlau; die Kreisrichter Brasche in Babes, Pape in Stettin, Rahmer daselbst, Arens in Naugard, Mühlbach in Stargard in Pommern, Sellmer in Landsberg a. d. W., Prin in Fürstenwalde, Feldmann in Sorau, Stettinisch in Zielenzig und Sello in Frankfurt a. d. O. zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen; ferner dem Rechtsanwalt und Notar Ludwig in Stargard den Charakter als Justizrath, dem Kreisgerichts-Deposital-Verwalter Schröder in Stettin, dem Appellationsgerichtssekretär und Sportelrevisor Fleiter in Frankfurt a. d. O. und dem Kreisgerichts-Salarienklassen-Verwalter Vogel von Falkenstein daselbst den Charakter als Kanzleirath zu verleihen; auch dem Kammerherrn Grafen Garczyński zu Dresden die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen Großkreuzes des St. Gregorius-Ordens zu erteilen.

Der bisherige Kreisrichter Böhm hierseits ist zum Rechtsanwalt bei dem Kammergerichte, unter gleichzeitiger Einräumung der Praxis bei dem hiesigen Stadtgerichte und zum Notar im Departement des Kammergerichts ernannt worden.

Dem ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Anklam, Dr. Karl Koch, ist der Oberlehrertitel verliehen worden.

Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Sachsen sind gestern nach Dresden zurückgereist.

Angekommen: Se. Exc. der Staatsminister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von der Heßdt, und der General-Kaubdirektor Mellin, von Landsberg a. d. W.

Abgereist: Se. Durchl. der Fürst August Sulkowski, nach Keisaj; Se. Exc. der General-Lieutenant und Inspektor der 3. Artillerie-Inspektion, von Ringer, nach Breslau.

Art. 151 des St. Anz. enthält Seitens des R. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Verfügung vom 21. Mai 1856, betr. die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Bildung von Unternehmungskassen und die zwangsweise Heranziehung der Fabrikanten und Arbeiter zu den Beiträgen; und Seitens des R. Ministeriums für die landwirthschaftl. Angelegenheiten einen Bescheid vom 27. April 1856, betr. die Verjährung der Kosten in Auseinandersetzungsachen.

## Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

Wien, Sonnabend, 28. Juni, Nachmittags. Der Fürst Gortschakoff ist abgereist; derselbe begiebt sich über Dresden und Berlin nach Petersburg.

Die amtliche „Gazetta di Milano“ meldet in einem Korrespondenzbericht aus Parma, daß im Herzogthume vollständige Ruhe herrsche, daß die Verhafteten ihre Freiheit erhalten werden, und der Belagerungszustand hoffentlich bald aufhört.

(Eingeg. 29. Juni, 10 Uhr Vorm.)

London, Sonntag, 29. Juni. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist gestern Abend halb 9 Uhr über Dover nach dem Kontinent zurückgereist. — Die Princess Royal befindet sich ganz wohl.

Paris, Sonntag, 29. Juni. Der heutige „Moniteur“ theilt mit, daß der Kaiser und die Kaiserin, letztere den kaiserlichen Prinzen auf dem Arme, gestern in Saint-Cloud den Präsidenten und die Mitglieder des Komités für die Unterzeichnungen der freiwilligen Beiträge bei der Geburt des Prinzen empfangen, und daß sich ein großer Enthusiasmus kund gegeben habe.

(Eingeg. 30. Juni, 9 Uhr Vorm.)

## Deutschland.

**Orenfen.** (Berlin, 29. Juni. [Vom Hofe; Pferde- rennenpreise; Verschiedenes.] Se. Maj. der König arbeitete gestern Vormittag im Schlosse Bellevue mit den Kabinetmitgliedern, nahm aber zuvor die gewöhnlichen Vorträge entgegen. Veranlassung zu diesem Konseil ist die nahe bevorstehende Abreise und längere Abwesenheit Sr. Maj. des Königs. Der König, welcher bereits 8 1/2 Uhr vom Schlosse Sanssouci hier eintraf, kehrte erst 2 1/2 Uhr dorthin zurück. Mit dem König kamen gestern Morgen auch die sächs. Herrschaften nach Berlin; die hohen Personen verweilten noch einige Zeit im hiesigen Schlosse und traten alsdann die Rückreise nach Dresden an. Prinz Friedrich Wilhelm hat London verlassen, nachdem er die Versicherung erhalten, daß die Brandwunden, welche sich die Princess Royal dadurch am Arme zugezogen, daß sie mit dem Vornel ihres Kleides dem Lichte zu nahe kam, nur leichter Natur sind und bald wieder geheilt sein werden (s. ob. tel. Dep.). Heute trifft der hohe Reisende mit seinem Gefolge bei der Schwester, der Prinzessin Louise, in Aachen ein; wiewohl er schon am Dienstag in Potsdam erwartet wird, so erscheint seine Ankunft aus dem einfachen Grunde etwas zweifelhaft, weil er in Aachen benachrichtigt sein will, ob er bei seiner Rückkehr am Dienstag noch den König antreffen würde. Bleibt es bei der morgen früh 7 Uhr angenommenen Abreise Ihrer Majestäten nach Leipzig und Marienbad, so wird vermuthet, daß der Prinz zuvor noch einen erlauchten Eltern im Kurort Baden-Baden einen Besuch machen

werde, zumal auch dort der Prinzregent aus Frankreich zurück erwartet wird. Zur Feier des heutigen Geburtstages des Prinzen Karl sind am Freitag vom Schlosse Barchfeld der Landgraf und die Landgräfin von Hessen-Philippsthal hier angekommen. Die hohen Personen werden bis zur Abreise des Prinzen und der Prinzessin Karl nach Schlangenbad in Potsdam ihren Aufenthalt nehmen. Der Kaiser Alexander von Rußland hat, wie man hier wissen will, für Eisenbahnbeamte ein reiches Geldgeschenk hieher gelangen lassen. Bei der Verteilung soll die Meistenzahl von jeder Bahn zum Maßstab dienen, welche der Kaiser auf derselben zurückgelegt hat. — Die Summen, welche die in meinem Kennbericht aufgeführten Sieger ihren Herren eingetragen haben, sind mit Einschluß der Pferde, welche bei dem Rennen den zweiten und dritten Platz einnahmen, folgende: Fürst Sulkowski 754 1/2 Rthor. und 1000 Thlr.; Graf Hahn 710 Rth. und 500 Thlr.; Bar. v. Walzbahn 557 Rth. und 550 Thlr.; v. Langen-Neuhof 605 Rth.; Graf Gaschin 273 Rth.; v. Pleßen 120 Rth. und 800 Thlr.; v. Gickstedt 159 Rth.; v. Willamowitz 115 1/2 Rth.; Graf Henckel 134 Rth.; v. Wedell-Barlow 95 Rth.; Graf Borcke 81 Rth.; Krell-Benischow 110 Rth.; Graf Göben 22 Rth. und 250 Thlr.; Graf Lehndorff 75 Rth. und 250 Thlr.; Ruffer 64 Rth.; Graf v. Boh 50 Rth.; v. Grolman 42 Rth.; Graf Rich 66 Rth.; das k. Friedr.-Wilh.-Gestüt 25 Thlr.; Graf Alvensleben 20 Rth.; Raich 20 Rth.; Banmann 15 Rth.; v. Moszgenst 15 Rth.; v. Derken 10 Rth.; Herzog Wilhelm v. Mecklenburg-Schwerin 3 Rth. Zieht man diese Summen zusammen und rechnet 1064 Thlr. hinzu, welche den Siegern beim Wettfahren, Landwehrkavalleriestuten u. zugefallen sind, so kommt die hübsche, in Kurs gesetzte Summe von 28,146 Thlr. 10 Sgr. heraus. Daneben haben bekanntlich noch einige Herren Ehrenpreise erhalten. Ueber die Wichtigkeit und den Nutzen der Pferderennen lassen sich jetzt wieder viel Stimmen vernehmen, dagegen hört man aber auch Urtheile von Personen, in denen ihnen diese Bedeutung nicht zuerkannt wird. Unseren Thierschutzvereinen sind sie mit den Parforcejagden identisch. — Seit einigen Tagen haben wir wieder höchst unbeständiges, stürmisches Wetter; gestern Nachmittag entlud sich über untrer Stadt ein heftiges Gewitter, das unsere famosen Rinnsteine zu Wasserbächen anschwellte; auch heute hatten wir schon recht ansehnliche Regengüsse.

Berlin, 29. Juni. [Bodenkredit.] Während die Abschaffung der Wuchergesetze dem Personalkredite zu Gute kommen soll, drängt sich andererseits auch die Aufgabe wieder stärker heran, für den Bodenkredit des kleineren Grundbesitzers etwas zu thun. Die Ritter haben ihre Landschaften und Pfandbriefe, aber der dem landschaftlichen Verbands nicht angehörige Grundbesitzer findet um so weniger Kapital zur Verbesserung seiner Wirtschaft, je mehr neben den Pfandbriefen die Prioritätsaktien und andere mit Koupons versehene Obligationen der großen Gesellschaften den Kapitalisten Anlagegelegenheiten von weit größerer Bequemlichkeit bieten. Nun kommt neuerdings noch die Masse von Kreditbanken u. z. hinzu, welche „einf“ Industrie und im Großen betriebene Landeskulturen zu unterstützen verheißt, für jetzt aber alles disponible Kapital in das Börsengeschäft hineinziehen und auch später für die kleineren, gewöhnlichen Meliorationen der Landwirtschaft, welche im Einklang mit dem Volkswohlstand bei Weitem die wichtigsten bleiben, nichts übrig haben werden. Es beginnt bereits auch bei uns zu gelten, was Hr. de Lavergne in der jüngsten „Revue des deux Mondes“ in Bezug auf Frankreich klagend hervorhebt: „Durchsicht man die Provinzen, so findet man die gewöhnlichen Quellen, woraus die Industrie und der Ackerbau schöpft, verstopft; die Banquiers haben kein Geld mehr; die Portefeulles leeren sich, die Hypotheken ziehen sich zurück.“ Früher habe ein Kapitalist seinen Nachbarn auf jede Art geliehen, heute leihe man auf Hypothek und gegen Schuldschein nur so wenig als möglich, weil zu viel Verlockung gegeben sei, die Kapitalien anders anzulegen. Man beschäftigt sich deshalb, wie wir hören, im landwirthschaftlichen Ministerium mit Vorarbeiten zu einer besseren Organisation des Bodenkredits, welche auch dem kleinen Besitze möglichst zu Gute kommen soll. (R. 3.)

[Angriff und Abwehr.] Der „A. V. Z.“ schreibt man aus Frankfurt: Die Bundes-Militärkommission habe sich mit großer Stimmenmehrheit für Erweiterung der Bundesfestung Rastatt entschieden, „damit durch dieselbe und von ihr aus der Südwesten Deutschlands für die ungewisse Zukunft gegen feindliche Angriffe gesichert sei.“ Das dazu nöthige Geld, drei Mill. Fl., sei vorhanden, und man habe sich um so mehr über den gegen alles Erwarten energischen Widerspruch des preussischen Bundes-Militärbevollmächtigten verwundert. Die Angelegenheit sei jetzt an die Bundesversammlung übergegangen, und man glaube um so mehr, daß hier der preussische Bundes-Militärbevollmächtigte durch den preussischen Bundestagsgeandten werde desavouirt werden, „als ja durchaus kein deutsches Interesse Preußens vorhanden sein könne, aus welchem es den nichtpreussischen Westten dem Auslande gegenüber schwach und leichter zugänglich wissen wolle.“ Deutschland hat aber jedenfalls nicht bloß im Südwesten Grenzen, welche zu schützen sind, und die Bundesmittel, zu welchen alle Theile Deutschlands beitragen, müssen auch verhältnismäßig für alle verwandt werden. Wenn vielleicht Preußen jetzt endlich (nachdem lange darauf gar keine Rücksicht genommen wurde) unter Anderem auch diesen Gesichtspunkt geltend machen sollte, so läge darin gewiß kein Anlaß zu der sehr unwürdigen Instnuation, welche die „A. V. Z.“ sich erlaubt.

[Folge der russischen Amnestie.] Die „B. B. Z.“ berichtet: Von den zur Zeit allerdings nicht mehr sehr zahlreichen polnischen Emigranten, die sich noch in Preußen aufhalten, sind nun gleichfalls zahlreiche Meldungen um Pässe Behufs einer Rückkehr in ihr Vaterland eingegangen, um von der ausgedehnten Amnestie des Kaisers von Rußland Gebrauch zu machen.

[Die russische Grenzsperr.] Bekanntlich wurde in der vorigen Session im Hause der Abgeordneten der Antrag eingebracht, „der Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, dieselbe werde dahin wirken, daß den langjährigen gerechten Beschwerden, namentlich der östlichen Grenzprovinzen, über den Druck des russischen Prohibitionsystems und der russ. Grenzsperr eine genügende Abhülfe verschafft und daß in dieser Beziehung, mit Bürgschaft auf Dauer, ein Zustand herbeigeführt werde, welcher nicht wie der bisherige mit den bestehenden Beiträgen und mit den Bedürfnissen des Verkehrs zwischen beiden Ländern in Widerspruch steht.“ Dieser Antrag kam wegen Schluß der Session zwar nicht zur Erledigung, wurde dagegen in der betreffenden Kommission berathen, deren Resolution dahin ging: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: „man vertraue der Staatsregierung, daß sie fortgesetzt kräftig bemüht sein werde, die im Interesse des Landes so dringend wünschenswerthen Erleichterungen des Handelsverkehrs mit Rußland herbeizuführen.“ Daran hat es nun, wenn wir recht unterrichtet sind, die königl. Staatsregierung nicht fehlen lassen. Der diesseitige Gesandte in St. Petersburg hat, wie uns mitgetheilt wird, sobald die politische Situation der russischen Regierung die Möglichkeit gewährte, der dahin gehörigen Fragen ihre Sorge und Aufmerksamkeit zuzuwenden, betreffende Instruktionen empfangen, welche dann nach Maßgabe und in Veranlassung des oben erwähnten Antrages erweitert und ergänzt worden sind. Auch hören wir, daß sonst diesseits jede Gelegenheit ergriffen worden ist, um den Klagen und Bedürfnissen der preussischen Staatsangehörigen Abhülfe und Anerkennung zu verschaffen. Es ist indessen die Erledigung aller dieser Gegenstände auf die zum Herbst kaiserlich russischer Seits in Aussicht genommene Revision des allgemeinen Tarifs verwiesen worden. Dagegen allerdings ist die Mithilung richtig, daß der diesseitige Generalkonsul, Legationsrath v. Wagner, im Auftrage der betreffenden Ministerien Ost- und Westpreußen bereit, um weiteres Material für die Anträge zu sammeln, welche preussischer Seits formulirt und der russischen Regierung bei Gelegenheit der Revision ihres allgemeinen Tarifs zur Berücksichtigung übergeben werden sollen. (3.)

Breslau, 27. Juni. [Uebergang der Verwaltung der Oberschlesischen Bahn auf den Staat; die Rinderpest; eine aristokratische Angelegenheit.] Bei der Verwaltung der bereinigten Oberschlesischen und Breslau-Posener Eisenbahn stehen umfangreiche Veränderungen in Aussicht. Vor ungefähr einem Jahre beantragte die l. Staatsregierung, mit Rücksicht auf die ihr gebührende Quote des Gesellschaftsvermögens, das Recht, ein ständiges Mitglied als Vertreter der Staatsregierung in das Direktorium der Gesellschaft zu senden. Als solcher wurde der Regierungsassessor Maybach abgeordnet, der sich mit außerordentlichem Eifer seinen Obliegenheiten unterzog, und sofort in verschiedenen Punkten wesentliche Veränderungen durchsetzte. Zwischen den von der Gesellschaft gewählten Mitgliedern des Direktoriums und Herrn Maybach stellten sich nach und nach nicht unerhebliche Differenzen heraus, die in der von Herrn Maybach nicht durchweg gebilligten Verwaltungsweise des Direktoriums ihren Grund hatten. Die l. Staatsregierung trat den Ansichten ihres Kommissarius vollkommen bei, und fand neuerdings Veranlassung, fogar so weit zu gehen, peremptorisch das Abtreten des seitberigen Direktoriums und die Ueberlassung der gesamten Verwaltung der Oberschlesischen und der Posener, so wie sämtlicher von der Gesellschaft etwa fernern noch zu erbauenden Bahnen an den Staat zu fordern. Die Oberschlesische Gesellschaft haubte, wie bereits früher berichtet, die Weiterführung der Breslau-Posener Bahn durch Erbauung einer direkten Bahn von Posen nach Bromberg projektirt, und eben so hatte sie sich um die Konzeßion zu einer Polen und Schlesien verbindenden Eisenbahn am rechten Oberufer benommen. Die Staatsregierung soll es nun für bedenklich erachtet haben, die Verwaltung einer so außerordentlich ausgedehnten Eisenbahnstrecke, die von der schlesisch-galizischen Grenze bis Bromberg sich erstrecken und ungefähr hundert Meilen Eisenbahn umfassen würde, einer Privatverwaltung, deren Grundsätze sie überdies keineswegs überall beizupflichten vermöchte, zu überlassen, und deswegen soll die Ertheilung der Konzeßion jener Bahnen an die Bedingung, die Verwaltung der Staatsregierung zu übertragen, geknüpft worden sein. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Regierung dies Verlangen durchsetzen wird; das gegenwärtige Direktorium hat in seiner letzten Sitzung selbst bereits den Beschluß gefaßt, den Aktionären bei der bevorstehenden, wegen der für die Vorlage notwendigen Vorarbeiten bis in den August verschobenen Generalversammlung die Ueberlassung der Verwaltung an den Staat zu empfehlen. Die Bahnen werden dadurch äußerlich ganz in die Reihe der Staatsbahnen treten und der Unterchied würde nur darin liegen, daß von dem Reinertrage Dividenden an die Aktionäre gezahlt werden würden. Von großer Wichtigkeit für die Gesellschaft ist die in Aussicht gestellte Uebertragung der schlesisch-polnischen Bahn am rechten Oberufer, recht eigentlich einer Konkurrenzbahn der jetzigen Oberschlesischen, der sie ziemlich parallel laufen wird. Seither hatten die Erbauer der Oppeln-Zarnowitzer Bahn gegründete Aussicht, die Konzeßion zu jenem an ihre Bahn sich unmittelbar anschließenden Bau zu erhalten, und erst in neuester Zeit haben sich die Chancen zu Gunsten der Oberschlesischen Gesellschaft gewendet, offenbar nicht ohne Einfluß der dargelegten Verhältnisse, denen zufolge dann auch diese Strecke unter die Verwaltung des Staates kommt. — Die Rinderpest gewinnt in unserer Provinz, in die sie aus der Provinz Posen eingeschleppt worden, leider eine bedauerliche Ausdehnung, und es ist die Absperrung mehrerer ganzen Kreise nöthig geworden; die Vieh- und Pferdemärkte sind bereits in ganz Niederschlesien, Breslau mit eingeschlossen, bis in den September aufgehoben. Namentlich wüthet die Seuche in enormem Grade in den Kreisen Gubrau und Steinau. Militärdetachements sind nach den infizirten Gegenden abgegangen, um dicke Kordeons um dieselben zu ziehen und das Weiterverschleppen zu verhindern, da man nur dadurch einer weiteren Verbreitung der verheerenden Krankheit Einhalt gebieten zu können glaubt. Die Staatsregierung widmet der Sache die volle gebührende Aufmerksamkeit, nicht nur sind aus den Ministerien der Medizinal- und landwirthschaftlichen Angelegenheiten Kommissarien hieher gefendet worden, die sich von dem Charakter der Seuche an Ort und Stelle überzeugen haben, und in Verbindung mit den hiesigen Behörden die nöthigen Maßnahmen veranlassen, sondern Se. Exc. der Minister v. Raumer, als Chef des Ministeriums für Medizinalangelegenheiten, war vor einigen Tagen, hauptsächlich dieser Angelegenheit wegen, selbst hier und hat sich von den getroffenen Vorichtsmaßregeln, die seine volle Billigung erhielten, überzeugt. Im Gubrauer Kreise wüthet die Seuche an einzelnen Orten so heftig, daß der sammtliche Viehstand davon hingerafft worden ist, so in den Dörfern Köben und Seitsch, in welchem letzteren Orte die Pest zuerst ausgebrochen. — Vor unserm Schwurgericht kommt in den nächsten Tagen ein höchst interessanter Prozeß gegen eine Dame der aristokratischsten haute volée, eine Baronesse Zedlig, zur Ver-









